

Presseerklärung

MU-Oberbayern

18. Februar 2022



CSU-Mittelstand schlägt Alarm

Bezirksvorsitzender Geppert: „Heraufsetzung der Minijob-Verdienstgrenze reicht bei weitem nicht aus“ / „Die im Entwurf versteckte Pflicht zur elektronischen Arbeitszeitaufzeichnung ist katastrophal“ / „Der Mittelstand braucht keine neuen Gängelungen und utopische Auflagen, sondern sinnvolle Reformen, um zukunftssicher arbeiten zu können und Arbeitsplätze zu erhalten“

(München) Die Mittelstands-Union der CSU äußert massive Kritik am Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur geplanten Neujustierung des Systems der Mini- und Midijobs. Bezirksvorsitzender Thomas Geppert: „Die Heraufsetzung der Minijob-Verdienstgrenze von 450 € auf 520 € ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser reicht aber bei weitem nicht aus und bildet nicht einmal die Mindestlohnentwicklung vollständig ab. Gerade Branchen, die auf Aushilfen angewiesen sind, wird dadurch Flexibilität genommen.“ Als katastrophal bezeichnet Geppert die im Entwurf versteckte **Pflicht zur elektronischen Arbeitszeitaufzeichnung** nicht nur für alle Minijobber, sondern für alle Beschäftigungsverhältnisse in elf Branchen. „Zig tausende insbesondere familiengeführte mittelständische Betriebe des Bau-, Ausbau- und Gastgewerbes wären von den Verschärfungen direkt betroffen“, so Geppert. Der Gesetzentwurf sieht eine vollständige digitale Arbeitszeit-Dokumentationspflicht vor. Auch für Betriebe, die gar keine Minijobber beschäftigen. Geppert weiter: „Das Vorhaben geht nicht nur völlig an der Realität vorbei, es wäre zudem ein immenses Bürokratiemonster. Der Bürokratieaufwand für die damit verbundene Umstellung wird im Entwurf auf rund eine halbe Milliarde Euro (!) geschätzt. Das entspricht rund 2 % der gesamten Lohn- und Gehaltssumme eines Jahres, die auf Minijobs entfällt, und ist damit völlig unverhältnismäßig. So kann man mit den Leistungsträgern in unserem Land nicht umgehen. Der Mittelstand braucht keine neuen Gängelungen und utopische Auflagen, sondern sinnvolle Reformen, um zukunftssicher arbeiten zu können und Arbeitsplätze zu erhalten.“ So sei die Bundesregierung gut beraten, sich an die längst überfällige gesetzliche Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes zu machen. „Wir brauchen eine Wochenarbeitszeit. Das wünschen sich auch die Beschäftigten. Hier ist der Gesetzgeber zum Handeln gefordert“, so Geppert.

– Ende der Pressemitteilung –